



Piratenpartei Graz
Radetzkystrasse 3/1
8010 Graz
0660/1830366

philip.pacanda@piratenpartei.at
steiermark.piratenpartei.at

Gemeinderat Philip Pacanda, BSc. MA.

Donnerstag 22. Jänner 2015

Dringlicher Antrag

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderats)

der Piraten

Betrifft: Verstärkte Prävention statt Generalverdacht und Überwachung

Die schrecklichen Attentate in Paris haben in den letzten Tagen wieder zu einer weltweiten Diskussion über mehr Überwachung geführt. Es wird sogar darüber diskutiert ob die Verschlüsselung einer Email nicht untersagt werden sollte, bzw. Schlupflöcher eingebaut werden müssen - de facto ist das Ende jeglicher effektiver Verschlüsselung das Ziel.¹

Auch wird zur Zeit wieder der Ruf nach Vorratsdatenspeicherung (VDS) laut, obwohl der Europäische Gerichtshof (wie auch viele nationale Gerichte) im April 2014 feststellte, dass eine anlasslose, verdachtsunabhängige Speicherung einer Vielzahl persönlicher Daten ein zu großer Eingriff in die Grundrechte der Bevölkerung ist, und auch die Bevölkerung selbst hat sich stark dagegen ausgesprochen - über 100.000 haben die Bürgerinitiative gegen die VDS unterstützt und über 11.000 gegen die VDS geklagt.^{2,3}

Weiters ist der Ruf nach VDS als "Lösung" unverständlich da diese nachweislich nicht zur Prävention beiträgt (in Frankreich existiert die VDS noch mit einer 12monatigen Speicherdauer), leider konnte diese auch die Anschläge in Paris nicht verhindern. Und auch wie wir in Österreich die VDS hatten - wegen Terrorismus wurden in Österreich kein einziges

¹ <http://derstandard.at/2000010618105/Auch-US-Praesident-Obama-will-Hintertueren-fuer-Verschlueselung>

² <http://derstandard.at/1395364558993/EuGH-kippt-Vorratsdatenspeicherung>

³ <http://www.akvorrat.at/zeichnemit-100k>

Mal Vorratsdaten abgefragt - diese Daten könnten also gar nicht helfen! Auch der Präsident des Verfassungsgerichtshof spricht sich erneut deutlich gegen "die aus gutem Grund gekippte Speicherung" aus.⁴

Eine Einführung ist auch wieder mit hohen Kosten in Höhe mehrerer Millionen verbunden⁵ - die abermals von den Bürgerinnen und Bürgern getragen werden müssen - ohne Wirkung. Dieses Geld sollte besser in eine Aufstockung des Personalstandes bei der Exekutive, bzw. für bessere Schulungen, Vernetzung und Zusammenarbeit der zuständigen Stellen verwendet werden, damit effizienter an einer Prävention gearbeitet werden kann.

Der einzig richtige Weg, die richtige Antwort kann nur verstärkte Prävention sein und nicht mehr Überwachung.⁶ Die Antwort kann nur mehr Demokratie sein, mehr Bürgerrechte und nicht deren Beschneidung oder Einschränkung oder gar eine Generalverdächtigung aller Bürgerinnen und Bürger.

Schon Benjamin Franklin hat gesagt:

***"Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen,
wird am Ende beides verlieren"***

deshalb ersuche ich den Grazer GMR folgende Petition an die österreichische Bundesregierung zu unterstützen:

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderats)

Der Grazer Gemeinderat möge beschließen, an die Bundesregierung am Petitionsweg mit folgender Forderung heranzutreten:

Die Bundesregierung wird ersucht eine neuerliche anlasslose Überwachung aller Mitbürgerinnen und Mitbürger durch Maßnahmen wie etwa der Vorratsdatenspeicherung zu unterlassen und sich auch innerhalb der EU dafür einzusetzen.

⁴ <http://derstandard.at/2000010669522/VfGH-Praesident-Vorratsdaten-werden-Problem-nicht-loesen?dst=>

⁵ <http://fm4.orf.at/stories/1696253/>

⁶ <http://derstandard.at/2000010581381/Terror-Oesterreichische-Autoren-warren-vor-Ueberwachung>